

# Die historische Mission der DDR

---

## Inhaltsverzeichnis

### [1. Vorwort](#)

### [2. Hauptteil](#)

#### [2.1 Das Nationale Dokument](#)

#### [2.2 Die historische Mission der DDR](#)

#### [2.3 Die historische Mission der Arbeiterklasse](#)

### [3. Schlussbemerkung](#)

### [4. Quellen- und Literaturverzeichnis](#)

---

## 1. Vorwort

Als nach dem Bau der Berliner Mauer die Teilung Deutschlands für jedermann unübersehbar wurde und eine zuvor von BRD und DDR propagierte Wiedervereinigung in weite Ferne zu rücken schien, sah sich die SED zu einer Anpassung ihrer bisherigen Einheits-Rhetorik gezwungen. Eine bedeutende Rolle kam dabei dem *Nationalen Dokument* zu, das am 17. Juni 1962 vom *IV. Nationalkongress der Nationalen Front* verabschiedet wurde. Auf dieses Dokument und dessen geschichtspolitische Bedeutung werde ich nun folgend näher eingehen.

## 2. Hauptteil

### 2.1 Das Nationale Dokument

Das nationale Dokument über *Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands* zielte im Wesentlichen darauf ab, den Anspruch der DDR-Eigenstaatlichkeit zu untermauern. Und dies geschah nun nicht mehr allein mit dem aus der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens abgeleiteten Rechtmäßigkeitsanspruch. Denn daneben trat nun auch

eine historische Komponente, die die DDR zu legitimieren helfen sollte. So sprach man u.a. davon, dass die DDR „der einzige rechtmäßige deutsche Staat auf Grund der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit und der Tatsache [sei], daß in ihm jene Kräfte an der Macht sind, die von der Geschichte zur Führung des deutschen Volkes berufen wurden und deren Politik mit den Interessen der Nation übereinstimmt. [...] Er ist das junge, vorwärtsstrebende Element, der Motor der deutschen Geschichte.“[\[1\]](#)

Diese Argumentation versuchte man mit beispielhaften Vorgängen aus der neueren und neuesten Geschichte zu stützen. Im Mittelpunkt stand hierbei die Arbeiterklasse. Ihr bedeutungsvolles Wirken als „geschichtliche Kraft“ erlangte diese demnach erstmals in der Märzrevolution von 1848, wo „Karl Marx und Friedrich Engels und der Bund der Kommunisten im Namen der jungen Arbeiterklasse die Forderung [erhoben], ganz Deutschland zu einer unteilbaren demokratischen Republik zu erklären. In ihr sollte die ökonomische und politische Macht der feudalabsolutistischen Kräfte, vor allem des preußischen Militarismus, beseitigt werden.“[\[2\]](#)

Das Ganze mündet schließlich in der propagandistischen Parole, dass die DDR, „die sich in Einklang weiß mit den Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft, [...] mit der Vollendung des Aufbaues des Sozialismus, mit der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission nicht warten [könne], bis die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland unter Führung der Arbeiterklasse den Sieg errungen haben.“[\[3\]](#) Als revolutionäre Kraft träte die Arbeiterklasse für die Interessen des gesamten deutschen Volkes ein, wobei die vom Imperialismus verursachte Teilung Deutschlands nur von ihr aufgehoben werden könne. Doch wer nach diesen starken Worten zu vermuten meint, dass sich die DDR mit dem *Nationalen Dokument* ausschließlich von der BRD abgrenzen und sich historisch legitimieren wollte, der irrt! Wieder einmal ging es auch darum, zweigleisig zu fahren und nicht die Einheitsrhetorik aus den Augen zu verlieren. Daher wird im vorletzten Passus (VI.) des *Nationalen Dokuments* explizit auf *Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten* eingegangen. Dort wird die Ansicht vertreten, dass, trotz der unüberwindbaren ideologischen Differenzen zwischen BRD und DDR, nur „die friedliche Koexistenz die Gewähr eines friedlichen Miteinanderlebens und eines friedlichen Wettbewerbs der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung“[\[4\]](#) bieten würde.

Als Mittel zur Lösung der nationalen Frage schlug man eine vorübergehende

Konföderation vor, die, gekennzeichnet durch eine Zusammenarbeit auf verschiedenen politischen und ökonomischen Ebenen, den Weg für eine spätere Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland ebnen sollte. Doch trotz dieser Einheitsrhetorik ging man seitens der DDR-Führung inoffiziell davon aus, dass eine längere Periode der Existenz zweier deutscher Staaten bevorstehen würde. Diese zunächst hinter vorgehaltener Hand vom Politbüro der SED getroffene Einschätzung sollte spätestens Anfang 1967 ihren Niedergang in der Öffentlichkeit finden.

So war es Walter Ulbricht selbst, der am 12. Januar 1967 bei einer Zusammenkunft des Autorenkollektivs *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* die Gelegenheit nutzte, deutlich zu machen, dass wegen der Entwicklungen in der BRD eine Wiedervereinigung bis auf weiteres nicht realistisch sei. Dies geschah vor allem unter dem Hintergrund der am 1. Dezember 1966 zwischen CDU und SPD gebildeten *Großen Koalition*. Deren, maßgeblich von der SPD vorangetriebene, „neue Ostpolitik“ drohte aus Sicht der DDR die eigene Deutschlandpolitik langfristig zu unterlaufen, u.a. deshalb, da ja eine Abgrenzung von der BRD und der damit verbundene Anspruch einer Kernstaatsfunktion im deutsch-deutschen Verhältnis ganz oben auf der Agenda stand.

Da passte es überhaupt nicht ins Konzept der politischen Führung in der DDR, dass die BRD mit den anderen Ostblockstaaten auf Schmusekurs ging und es zu einem Aufweichen der verhärteten Fronten, womöglich sogar zu einer gegenseitigen diplomatischen Anerkennung von Ostblockstaaten und BRD kommen könnte. Nicht zuletzt ob dieser Tatsache kommt im Rahmen des *Nationalen Dokuments* und im Laufe der 60er Jahre der die DDR legitimierenden Geschichtsbetrachtung eine weitaus größere Rolle zu: Ziel war es, „die Legitimität der DDR aus der Vergangenheit her abzustützen, die gesamte deutsche Geschichte so darzustellen, als ob sie von ihren Anfängen an auf die DDR-Gründung und das ‚entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus‘ zugelaufen wäre. Es sollte [...] die DDR als [...] der Kernstaat einer zukünftigen wieder in einem staatlichen Gehäuse organisierten deutschen Nation“<sup>[5]</sup> erscheinen. Der im Nationalen Dokument der Arbeiterklasse zugesprochenen herausragenden Bedeutung wurde im 8-bändigen *Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* Rechnung getragen.

In diesem von einer Kommission unter Vorsitz Walter Ulbrichts verfassten

Dokument, das im April 1963 vom ZK der SED gebilligt wurde, kam es zu einer vertiefenden Darstellung der historischen Rolle der Arbeiterklasse. Darin hob man u.a. hervor, dass es der deutschen Arbeiterklasse in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg trotz materieller Notlage, alliierter Besatzung und Millionen „von der Naziideologie verseucht[en]“[\[6\]](#) Menschen im „harten Klassenkampf gegen die reaktionären Kräfte“[\[7\]](#) gelungen sei, den Sozialismus aufzubauen.

## **2.2 Die historische Mission der DDR**

Der bereits im *Nationalen Dokument* angeklungene Anspruch der DDR, der einzig rechtmäßige, von der Geschichte legitimierte deutsche Staat zu sein, fand auch seine Verankerung in der Verfassungserneuerung aus dem Jahre 1968. Ganz im Sinne des zuvor konstruierten Geschichtsbildes bezeichnete man im Artikel 1 der Verfassung die DDR als einen sozialistischen Staat deutscher Nation, der gemeinsam mit den „Werkträgern in Stadt und Land [...] unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen“[\[8\]](#) sollte. Dieser hätte gemäß Artikel 6 „getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und [...] eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik“[\[9\]](#) betrieben. Gemäß ihrer historischen Deutung sah sich die DDR nunmehr der BRD um eine Epoche voraus. Dies wurde u.a. damit begründet, dass in der DDR „auf der Grundlage der geschichtlich überlieferten eine neue, humanistische, eine sozialistische Kultur“[\[10\]](#) entstünde, während solche Bemühungen in der BRD „von den antihumanistischen Einflüssen des deutschen Militarismus, des Klerikalismus und der Unkultur des amerikanischen Imperialismus“[\[11\]](#) erstickt würden.

Die imperialistische Bourgeoisie habe in den zwei letzten Kriegen ihren Führungsanspruch endgültig verwirkt, weshalb es nun der Arbeiterklasse, respektive der sie führenden Partei, der SED, obliege, die deutsche Nation zu führen. Die bürgerliche Nation (BRD) war in diesem Sinne die rückständige, die sozialistische Nation die fortschrittliche. Die DDR wurde als historischer Höhepunkt in der deutschen Geschichte glorifiziert, während die BRD in der unheilvollen Tradition der Bourgeoisie stünde. Die BRD wurde als von den imperialistischen Westmächten herausgelöster „Separatstaat“ angesehen. Die gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre wurde vom Politikbüro der SED damit beauftragt, „das gesellschaftliche System des Sozialismus als Ganzes

und in seinen Teilsystemen wissenschaftlich zu durchdringen, die entsprechenden Modelle für die Planung und Leitung auszuarbeiten, alle Werktätigen ständig mit neuen Zusammenhängen der gesellschaftlichen Entwicklung vertraut zu machen und sie zu befähigen, aktiv an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft teilzunehmen.“[\[12\]](#)

Bei der ideologischen und geschichtsphilosophischen Interpretation der Weltgeschichte im Sinne des Sozialismus spielte die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels eine herausragende Rolle. Lothar Berthold, der damalige Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, umriss Anfang 1966 die Grundzüge des nationalen Geschichtsbildes der DDR:

1. Allein die Arbeiterklasse ist zur Führung der deutschen Nation berufen.
2. Die Arbeiterklasse kann ihre Aufgaben nur lösen, wenn sie von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird.
3. Die Arbeiterklasse ist unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei in der Lage, alle Schichten des Volkes zusammenzufassen und zum Sozialismus zu führen.
4. Das Studium der Geschichte der Arbeiterklasse stärkt das sozialistische Bewußtsein und fördert den sozialistischen Patriotismus und sozialistischen Internationalismus.
5. Das Geschichtsbild vermittelt Kenntnisse über die allgemeinen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung.
6. Das Geschichtsbild besitzt für die gesamte deutsche Arbeiterklasse Gültigkeit.
7. Die Ausarbeitung des Geschichtsbildes ist selbst Bestandteil des Klassenkampfes.[\[13\]](#)

Beim Versuch, das Fundament eines sozialistischen Geschichtsbildes zu entwickeln, wurden „erstmalig Nationsverständnis und marxistisch-leninistisches Geschichtsverständnis - wenn auch hölzern und rudimentär - verknüpft. Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild wurde von der SED als inhaltlicher Kern eines allgemein zu verbreitenden sozialistischen Geschichtsbewußtseins aufgefaßt.“[\[14\]](#) Im weltpolitischen Maßstab wurde dabei die allgemeine und für jedermann verständliche Losung ausgegeben, dass es einen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus (bzw. Imperialismus) gäbe, wobei Ersterer obsiege. Diese Konfrontation beider Systeme entsprach der marxistisch-

leninistischen Weltanschauung. Um dieses Geschichtsbild in die Köpfe bzw. ins Bewusstsein der Menschen zu transportieren, bediente man sich unterschiedlichster Elemente.

Eines davon war, bei den alle fünf Jahre stattfindenden Jubiläumsfeiern zum Bestehen der DDR den Stand der Entwicklung des Sozialismus zu bilanzieren und die Bevölkerung zu animieren, auf dem sozialistischen Weg voranzuschreiten. In „Betrieben, Institutionen und Schulen wurden ‚Traditionszimmer‘ oder ‚Traditionsecken‘ eingerichtet, im normalen Alltag gab es unzählige Zeichen, die subkutan, allein durch ihre dauerhafte und selbstverständliche Präsenz, das historische Bewußtsein der Bevölkerung prägten, etwa Straßen- und Städtenamen (Karl-Marx-Stadt), Denkmäler zur Entwicklung der DDR, Briefmarken, Wandzeitungen, Plakate und Spruchbänder.“[\[15\]](#)

### **2.3 Die historische Mission der Arbeiterklasse**

Die Anfang der 60er Jahre mit dem *Nationalen Dokument* ausgerufene historische Mission der Arbeiterklasse bzw. Arbeiterbewegung war, wie bereits deutlich geworden sein sollte, zuvorderst eine nationale Mission, da sich die DDR gegenüber der BRD als historisch rechtmäßiger deutscher Staat zu legitimieren bzw. abzugrenzen versuchte. Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild der DDR bewegte sich in den 60er Jahren also in einem nationalen Rahmen. Doch nicht nur das: Ulbricht stellte 1967 auf einer Tagung fest, dass der Sozialismus eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab“[\[16\]](#) sei. Damit widersprach er der sowohl von Marx als auch Lenin vorgenommenen Sozialismus-Definition, wonach der Sozialismus nur eine kurze Übergangsphase zum Kommunismus darstelle. Desweiteren stellte sich das Nationsverständnis der DDR als sehr widersprüchlich heraus.

Denn mal sprach man von der gesamten deutschen Nation, dann wieder davon, dass die DDR der deutsche Nationalstaat sei. Dies lässt sich damit erklären, dass die SED, „um den ostdeutschen Wiedervereinigungsanspruch ideologisch zu bekräftigen, am Verständnis einer sozialistischen Nation ‚im Übergangsstadium‘ fest[hielt], ohne daß die DDR-Geschichtswissenschaftler dieser ein Fundament im Geschichtsverständnis des historischen Materialismus hätten geben können. In der Endphase der Ära Ulbricht schälte sich ein Widerspruch zwischen dem abgrenzenden Geschichtsbild und dem auf ganz Deutschland abzielenden

Nationsverständnis deutlich heraus. Hierin reflektierte sich das für die DDR konstitutive Spannungsverhältnis zwischen Eigenstaatlichkeit und überstaatlichem Anspruch.“ [17] Dieser Konflikt zwischen Nation und Staatlichkeit löste sich erst mit der im Jahr 1971 vollzogenen grundlegenden Revision der Haltung der SED zur nationalen Frage auf.

### **3. Schlussbemerkung**

Mit dem *Nationalen Dokument* thematisierte die SED die Deutschlandfrage, und zwar unter zwei Gesichtspunkten: Einerseits versuchte man, die DDR als den einzig rechtmäßigen deutschen Staat gegenüber der BRD abzugrenzen. Dies geschah unter Hinzunahme einer neuen Komponente, nämlich des Vorhabens, die DDR historisch zu legitimieren. Dazu bediente man sich der Konstruktion eines marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes, nach dem die DDR in einer historischen Mission den Sozialismus verwirkliche. Das Ganze geschehe unter der Führung der Arbeiterklasse als revolutionäre bzw. historische Kraft sowie der marxistisch-leninistischen Partei, also der SED.

Hierbei handelte es sich jedoch um eine historische Mission der deutschen Arbeiterklasse, womit sich das Ganze in einem nationalen Rahmen bewegte - schließlich wollte sich die DDR im Wesentlichen gegenüber der laut Ideologie in der unheilvollen Tradition der Bourgeoisie stehenden rückständigen bürgerlichen Nation BRD als die fortschrittliche sozialistische Nation behaupten und eine Kernstaatsfunktion im deutsch-deutschen Verhältnis für sich in Anspruch nehmen.

Andererseits sprach man davon, dass man willens sei, eine friedliche Koexistenz mit der BRD anzustreben. Dies sollte im Rahmen einer Konföderation geschehen, in der die beiden deutschen Teilstaaten insbesondere auf politischer und wirtschaftlicher Ebene kooperieren und den Grundstein für eine Wiedervereinigung von BRD und DDR legen würden. Diese Einheitsrhetorik wiederum führte jedoch zu einem Konflikt mit dem Anspruch auf Eigenstaatlichkeit bzw. dem marxistisch-leninistischen Geschichtsbild der DDR.

### **4. Quellen- und Literaturverzeichnis**

#### **Quellen:**

Berthold, Lothar: Unser nationales Geschichtsbild, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 2/1966 (S. 225-331).

Das nationale Dokument über „die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Köln 1962.

Ulbricht, Walter: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Sonderheft August 1962 (S. 58-186).

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.

### Literatur:

Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und  
Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996.

Reuter, Frank: Geschichtsbewußtsein in der DDR, Köln 1973.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002.

### Fußnoten:

1. Das nationale Dokument über „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Köln 1962, S. 21.
2. Ebd. S. 21.
3. Ebd. S. 28.
4. Ebd. S. 34.
5. Reuter, Frank: Geschichtsbewußtsein in der DDR, Köln 1973, S. 53.
6. Ulbricht, Walter: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Sonderheft August 1962 (S. 58-186), S. 145f.



7. Ebd. S. 145f.
8. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.
9. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968, Gesetzblatt der DDR 1968 I., S. 199-222, In: Münch, Ingo: Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart 1974.
10. Nationales Dokument, S. 25.
11. Ebd. S. 26.
12. Erdmann, Klaus: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 139-140.
13. Berthold, Lothar: Unser nationales Geschichtsbild, In: Einheit, Theoretische Monatsschrift für Sozialismus 2/1966 (S. 225-331), S. 228.
14. Erdmann S. 142.
15. Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2002, S. 98-99.
16. Neues Deutschland, Nr. 252 vom 13.9.1967, In: Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2006, S. 67.
17. Erdmann S. 152.